

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Wolf-Michael Catenhusen MdB wendet sich gegen die bemannte Raumfahrt: Prestigeobjekte im All bringen nichts.

Seite 1

Hans Urbaniak MdB kommentiert den Entwurf der Bundesregierung zur 8. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes: Ein neues Kapitel arbeitnehmerfeindlicher Politik.

Seite 5

Dr. Dietrich Sperling MdB wirft dem Wohnungsbauminister vor, die Bedarfszahlen nicht richtig zu errechnen: Schneider und die Zahlen...

Seite 6

42. Jahrgang / 173

11. September 1987

### Prestigeprojekte im All bringen nichts

Die Konzentration auf bemannte Raumfahrt ist nicht zu rechtfertigen

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Die Vorstellung, der Mensch könne sich von der Begrenztheit der Erde lösen und den Weltraum erobern, ist nicht ohne Grund ein alter Menschheits Traum, der immer wieder die Phantasie und den Forscherdrang anregte. Die von den USA und der Sowjetunion begonnene Weltraumfahrt war allerdings von vornherein von nationalem Prestigedenken und vom wechselseitigen Konkurrenzkampf beeinflusst. Dazu haben militärische Interessen von Anfang an die Raumfahrtaktivitäten der USA und der Sowjetunion dominiert. So wurden mindestens 75 Prozent der bisher weltweit gestarteten 4.000 Satelliten nach Angaben des SIPRI militärisch genutzt. Die amerikanischen SDI-Pläne werden dort den Druck auf eine militärische Mitnutzung zivil organisierter Raumfahrtprojekte weiter verstärken.

Die zivilen Zwecken gewidmete Weltraumfahrt hat aber auch unser Wissen um die Planeten des Sonnensystems und auf vielen anderen Bereichen der Grundlagenforschung bereichert. Die weltweite Wetterbeobachtung und Erderkundung mittels Satelliten, der Bau von Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehsatelliten hat die Möglichkeiten weltweiter Kommunikation auch im zivilen Bereich verbessert. Hier lag auch der Schwerpunkt bundesdeutscher Weltraumaktivitäten, die bisher aus dem Haushalt des BMFT mit mehr als elf Milliarden DM gefördert worden sind. Den Rahmen der westeuropäischen Zusammenarbeit bildet für die Bundesrepublik seit 1975 die ESA, die nach ihrer Satzung gehalten ist, Weltraumaktivitäten ausschließlich zu friedlichen Zwecken zu unternehmen. In ihrem Rahmen wurden unter deutscher Beteiligung Satelliten und Raumsonden sowie die europäische Trägerrakete ARIANE entwickelt. Ausschließlich durch staatliche Mittel kam es zum Aufbau einer bundesdeutschen Raumfahrtindustrie, die mittlerweile komplette Satellitensysteme mit zugehöriger Boden-Infrastruktur eigenständig zu konzipieren und zu bauen in der Lage ist.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mitl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertriebspartner  
mit dem Namen des Publikums  
Rechtsling-Partner



In wenigen Wochen werden die Bundesrepublik Deutschland und dann der Ministerrat der ESA grundsätzliche Welchenstellungen für die künftigen Schwerpunkte Ihrer Raumfahrtpolitik vornehmen. Dabei muß insbesondere entschieden werden, welche Bedeutung künftig die Weltraumfahrt mit Menschen an Bord von Raumfahrzeugen erhalten soll. Es werden endgültige Entscheidungen über eine Beteiligung an der amerikanischen bemannten Raumstation COLUMBUS, am von Frankreich vorgeschlagenen Projekt eines bemannten Raumgliebers HERMES sowie an der Weiterentwicklung der europäischen Trägerrakete ARIANE zu treffen sein. Bis heute liegt kein Konzept einer bundesdeutschen Weltraumpolitik vor. Bis heute ist in der Bundesrepublik Deutschland keine Kosten-Nutzen-Abschätzung des Einstieges in die bemannte Raumfahrt vorgenommen worden. Und bis heute fehlt es an einem Finanzierungskonzept für die deutsche Beteiligung an diesen Großprojekten. Dabei geht es immerhin um sicherlich 28 Milliarden DM, die die Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000 aufbringen muß. (Preisstand von 1986 mit jährlicher Kostensteigerungsrates von 2,5 Prozent). Es ist aber eher noch mit höheren Kosten zu rechnen. Die Erfahrung lehrt, daß die jährliche Kostensteigerung bei solchen Großprojekten eher zwischen fünf und zehn Prozent liegen wird. Die Finanzierungsentwicklung des Bundes wird eine Finanzierung zusätzlicher Weltraumprojekte unter Umgehung des Forschungsetats nicht zulassen, so daß die geplanten Projekte den Gestaltungsspielraum bundesdeutscher FuT-Politik in unerträglicher Weise einengen werden.

Durch vorschnelle Zusagen des Bundeskanzlers und Bundesaußenministers hat sich die Bundesregierung in den letzten Jahren dazu international schon stark in die Weltraumpäne der USA und Frankreichs einbinden lassen, ohne ein eigenes Weltraumkonzept zu besitzen.

Nun wird im Vorfeld der Kabinettsentscheidung über die neuen Weltraum-Großprojekte wieder nach dem Strickmuster vorgegangen, das wir aus der Geschichte anderer Großprojekte sattem kennen:

- Die gegebenen Sachzwänge lassen uns keine Wahl.
- Es wird davor gewarnt, sich von einer weltweiten Entwicklung abzukoppeln.
- Die anstehenden Projekte erhalten den Hut „Schlüsselprojekt für die künftige internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ aufgesetzt.
- Wieder wird auf denkbare künftige Spin-Off-Effekte solcher Großprojekte hingewiesen, ihr ökonomischer Nutzen wenigstens längerfristig beschworen, aber nicht seriös eingeschätzt.

Der Aufbau einer ständigen bemannten Infrastruktur im Weltraum ist keine Grundlagenforschung. Er muß deshalb - angesichts der zu erwartenden Kosten - wissenschafts-, technologie- und industriepolitisch in besonderer Weise zu rechtfertigen sein. Ein Industriestaat wie die Bundesrepublik mit endlichen finanziellen Ressourcen kann es sich nicht leisten, nur immer dabei sein zu wollen und jeden Eintrittspreis dafür zu zahlen.

Für mich ist die vorgesehene Konzentration staatlicher Förderpolitik auf Projekte der bemannten Raumfahrt weder wissenschaftlich noch technologiepolitisch noch gar industriepolitisch zu rechtfertigen:

1. Die Bundesrepublik Deutschland ist im Unterschied zu anderen wichtigen, in der Raumfahrt engagierten Ländern nicht an einer militärischen Nutzung des Weltraums interessiert. Unser nationales Prestige, unser internationales Ansehen ist nicht von spektakulären bemannten Missionen im Weltraum abhängig.
2. Grundlagenforschung im Weltraum braucht keine bemannte Weltraumfahrt. Ohnehin wird längerfristig vermutlich der weitaus größte Teil aller wissenschaftlichen Aktivitäten im Weltraum auf Automatik künstlicher Intelligenz und Robotik beruhen. Die Entwicklung dieser Technologien befindet sich ohnehin auf fortgeschrittenem Niveau, Robotik und künstliche Intelligenz brauchen nicht den Umweg über den Weltraum.

3. Bemannte Raumfahrt wird von der interessierten Raumfahrtindustrie den befürwortenden Politikern und von einigen Wissenschaftlern zentral mit der Bedeutung von Forschung und Entwicklung für neue Werkstoffe und mit der Gewinnung biologischer und medizinischer Erkenntnisse im Weltraum unter Schwerelosigkeit (Mikrogravitation) gerechtfertigt. Lobbyisten in den USA verbreiten denn auch die Mär, in diesem Bereich könnte es schon im Jahr 2000 zu einem weltweiten Umsatz in Höhe von 41 Milliarden Dollar (!) kommen. Diese Mär wird selbst in der deutschen Industrie - soweit sie selbst nicht unmittelbar Raumfahrtinteressen vertritt - nicht ernstgenommen. So heißt es in einem Memorandum des Beratenden Ausschusses der Industriephysiker in der Deutschen Physikalischen Gesellschaft zur Materialforschung mit bemannter Weltraumfahrt:

„Für Materialforschung im Weltraum mit der konkreten Aufgabe der Materialentwicklung und Materialfertigung hat sich bisher weder ein klar erkennbarer Bedarf, noch ein eindeutiges, technisch und vor allem wirtschaftlich zu rechtfertigendes Ziel ergeben. Auch der Einsatz erheblicher Werbeaufwendungen zur Nutzung der Materialforschung und Technik im Weltraum - eine für alle anderen Wissenschafts- und Technologiebereiche ungewöhnliche Maßnahme - hat keinen wirklich greifbaren Erfolg gehabt“. Zusammenfassend fällt das Memorandum der Industriephysiker ein vernichtendes Urteil: „Die gegenwärtigen und die für die Zukunft erwogenen Aufwendungen der Bundesrepublik Deutschland für die bemannte Raumfahrt lassen sich... nach dem heutigen Stand der Kenntnis aus den Bedürfnissen oder aus realistisch abschätzbaren Chancen der Materialforschung im Weltraum als Hauptaufwendung weder ganz noch teilweise rechtfertigen.“

4. Was das Argument der Innovationseffekte angeht, hat der Unternehmer Jürgen Heraeus in einem Brief an die Bundesregierung sicherlich recht: „Der Innovationseffekt der Weltraumfahrt - (soweit er denn bestanden hat) - hat seinen Zenit längst überschritten. Es ist unredlich damit zu argumentieren, daß irgendwelche ungeplanten Seiteneffekte im nachhinein zu einem angemessenen volkswirtschaftlichen Nutzen führen werden.“ Es bestehen auf der Erde viele Probleme, für deren Lösung neue Technologien entwickelt werden müssen; ich nenne als Beispiele:

- eine umweltfreundliche Energieversorgung, die uns sowohl die Risiken der Kernenergie als auch eine weitere Belastung der Erdatmosphäre erspart,
- umweltfreundliche industrielle Produktionsverfahren, die die Erzeugung einer Vielzahl von Schadstoffen vermeidet.

Die Bundesrepublik Deutschland wird durch eine Politik der ökologischen Modernisierung mehr für ihre technologische Leistungsfähigkeit bewirken als durch den Einstieg in die bemannte Raumfahrt.

5. Auch die angeführte Möglichkeit, mit Hilfe bemannter Raumstationen künftig defekte Satelliten im Weltraum zu reparieren, hält Wirtschaftlichkeitsüberlegungen nicht stand.
6. Hinzu kommt, daß bis heute eine Mitbenutzung der amerikanischen Weltstation für militärische Zwecke nicht ausgeschlossen werden kann. Nach der Befragung von Professor Lüst, ESA, im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie steht für mich fest: Der behauptete Ausschluß einer Nutzung der Station für militärische Zwecke bedeutet, daß sehr wohl hier Forschung, die vom Militär finanziert wird, betrieben werden kann. Es soll also auf der amerikanischen Weltraumstation COLUMBUS nicht zur Entwicklung oder Stationierung von Waffen kommen dürfen, wohl dürfte aber SDI-Forschung erlaubt sein, die die Basis für eine weitere Militarisierung des Weltraums legt.
7. Dazu sprechen ganz handfeste Argumente dafür, daß das von Frankreich vorgeschlagene Projekt HERMES unabhängig von der grundsätzlichen Einschätzung der bemannten Raumfahrt problematisch ist: Das von Frankreich ins Spiel gebrachte Projekt eines bemannten Raumgleiters soll



den Europäern einen eigenen Zugang zur amerikanischen Weltraumstation COLUMBUS sichern, nicht mehr und nicht weniger. Das Projekt HERMES ist in seiner Grundstruktur lediglich eine kleine Kopie des amerikanischen Shuttle und wird bei seiner Fertigstellung bereits technologisch veraltet sein. Die vorgesehene Nutzlast von zwei Tonnen (ein Zehntel der Nutzlast des Shuttle) und die Möglichkeit, lediglich einen Astronauten zu transportieren, müßte eigentlich zur Ablehnung dieses Projektes auch durch Anhänger der bemannten Raumfahrt führen.

Ich ziehe daraus folgende Konsequenzen:

1. Die Bundesrepublik Deutschland verzichtet auf eine Beteiligung an den Projekten COLUMBUS und HERMES und spricht sich schon jetzt gegen den Bau einer europäischen Weltraumstation aus.
2. Ein deutscher Rückzug aus dem Weltraum steht nicht zur Diskussion.
  - Projekte der Grundlagenforschung im Weltraum unter Nutzung von Raumsondern, freifliegenden Plattformen und Satelliten müssen fortgesetzt werden.
  - Die Bundesrepublik Deutschland setzt die erfolgreiche Entwicklung von Satelliten zum Zwecke der Erdbeobachtung und Kommunikation bei wachsendem finanziellem Engagement der Wirtschaft fort.
  - Vorhandener Bedarf an Mikrogravitationsforschung ist durch weitere TEXUS-Starts und gegebenenfalls durch weitere D-Missionen zu decken.
  - Die Entwicklung der ARIANE-Rakete, um den Staaten Westeuropas einen eigenen Zugang in den Weltraum zu öffnen, war ein richtiger Schritt. Die Bundesrepublik beteiligt sich an der Weiterentwicklung der ARIANE mit dem Ziel, daß schwerere Nutzlasten in den Weltraum befördert werden können. Daneben muß frühzeitig eine Kosten-Nutzen-Abwägung vorgenommen werden, ob Entwicklungsarbeiten für ein wiederverwendbares Transportsystem, das horizontal von Flughäfen gestartet werden kann, begonnen werden sollen.

Manche Politiker, die viele der von mir vorgetragenen Argumente gegen die Konzentration staatlicher Technologieförderungs-Mittel auf die bemannte Raumfahrt für rational halten oder gar teilen, sind dennoch davon überzeugt, die Bundesrepublik Deutschland müsse doch ins Rennen in den Weltraum voll einsteigen. Einmal, weil sie sich einen enormen Prestige-Gewinn für die Bundesrepublik erhoffen. Dann, weil die schwierigen deutsch-amerikanischen Beziehungen und der Zusammenhalt Westeuropas den „Kitt“ eines gemeinsamen prestigeträchtigen Großprojektes brauche. Richtig daran ist nur, daß die Bundesregierung durch ihre bisherigen Zusagen ihre Freiheit, Nein zu den Projekten zu sagen, selbst schon weitgehend aufgegeben hat; ein Schwenk in der bundesdeutschen Politik, weil spät erfolgend, würde hier Irritationen auslösen.

Es gilt aber demgegenüber:

Westeuropa hat keinen Bedarf an neuen prestigeträchtigen Großprojekten mit ungewissem Nutzen. Wir haben schon seit langem EURATOM, das die Entwicklung der Kernenergie in Westeuropa massiv vorangetrieben hat. Und da ist die Fusionsforschung, die seit langem von der EG massiv gefördert wird. Der Durchbruch zu einer europäischen Technologiegemeinschaft wird nicht durch den Ausflug in die bemannte Raumfahrt erfolgen. Wir brauchen eine europäische Technologiepolitik, die nicht an den Institutionen der EG vorbei konzipiert und durchgesetzt wird. Sie muß insbesondere dem Abbau des Technologiegefälles zwischen den einzelnen EG-Staaten dienen und einen Beitrag zur Lösung der noch konkret vorhandenen ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme Westeuropas leisten. Auch internationale technologische Großprojekte müssen sinnvoll sein und wissenschafts-, technologie- oder industriepolitisch zu rechtfertigen sein. Die Sicht Frankreichs, die Weltgeltung eines Landes beruhe zentral auf der autonomen Verfügung über eigene Atomwaffen und einem massiven Engagement im Weltraum in Konkurrenz zu den USA und der Sowjetunion darf nicht zum Selbstverständnis Westeuropas werden.

(-/11.9.1987/vo-he/rs)



**Ein neues Kapitel arbeitnehmerfeindlicher Politik**

**Zum Entwurf der Bundesregierung zur 8. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes**

**Von Hans Urbaniek MdB**

**Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales**

Kaum ist die 7. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes in Kraft getreten, hat die Bundesregierung mit dem Entwurf zur 8. Novelle des AFG ein neues Kapitel in ihrer arbeitnehmerfeindlichen Politik aufgeschlagen.

Diese Novelle sieht vor, daß Maßnahmen, die bisher mit Bundesmitteln durchgeführt wurden, künftig aus Beitragsmitteln der Bundesanstalt für Arbeit getragen werden sollen. Dieses alles geschieht zu einem Zeitpunkt, wo sich Kohle-, Stahl- und Werftenindustrie in einer dramatischen Krise befinden und wo selbst Regionen, die bisher relativ gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten aufzuweisen hatten, einen Stillstand bei der Zunahme von Beschäftigungen registrieren.

Damit ist einmal mehr deutlich geworden, daß diese Bundesregierung nicht die Absicht hat, die Arbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen, sondern sie wie bisher passiv verwaltet. Das bedeutet aber auch, daß für die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik in die Kasse der Arbeitslosenversicherung gegriffen wird. Damit wird der Solidargemeinschaft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zugemutet, die verfehlte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung auszubaden. Ganz zu schweigen von den hohen Folgekosten der Arbeitslosigkeit, die von den Ländern und Gemeinden getragen werden müssen, die durch diesen Verschiebeshof in den finanziellen Ruin getrieben werden.

Darüber hinaus ist auch die Haushaltssituation der Bundesanstalt für Arbeit denkbar schlecht. Schon im Mai dieses Jahres lag für das Haushaltsjahr 1987 eine Verschlechterung des Haushaltsergebnisses in der Größenordnung bis zu einer Milliarde DM im Bereich des Möglichen. Mittlerweile liegt ein Nachtragshaushalt der Bundesanstalt für das Haushaltsjahr 1987 mit einem Volumen von 2,5 Milliarden DM vor. Das wiederum bedeutet, da die Bundesregierung kaum die Absicht haben wird, die Defizithaftung zu übernehmen und eine Erhöhung der Beitragssätze den Koalitionsvereinbarungen widerspricht, daß die Sanierung des Haushaltes der Bundesanstalt für Arbeit nur über Leistungseinschränkungen zu erreichen ist.

Als erstes Anzeichen hierfür kann der Runderlaß vom Juli dieses Jahres gewertet werden, in dem der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit angeordnet hat, eine weitere Steigerung bei der Förderung der Fortbildung und Umschulung zu vermeiden. Auch im Bereich der ABM-Förderung bei der Betreuung von Ausländern sind von der Bundesanstalt für Arbeit bereits Einschränkungen angeordnet worden. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben sich in der Vergangenheit als bewährtes Instrument einer aktiven Arbeitsmarktpolitik herausgestellt. Wenn nun der Bund die Absicht hat, nach § 96 AFG die verstärkte Förderung zu streichen, so ist das ein erneuter Schlag gegen die Arbeitnehmer und die weitere Erhöhung der Arbeitslosen ist damit vorprogrammiert.

Diese 8. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes bedeutet für die Bundesanstalt für Arbeit für das Jahr 1988 eine Mehrbelastung von 950 Millionen DM, denen eine Entlastung des Bundeshaushaltes um 901 Millionen DM gegenübersteht. Diese Zahlen beweisen einmal mehr, daß dieses Gesetz an Unsinnigkeit kaum zu überbieten ist. Wenn die Bundesregierung wirklich daran interessiert wäre, eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, sollte sie sich das Hilfsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen für die Montanregionen zum Vorbild nehmen. Ganz zu schweigen von den diversen Programmen, die die SPD-Bundestagsfraktion seit Jahren fordert. Die absolut lächerliche Summe von 120 Millionen DM, die im Bundeshaushalt für die Montanregionen bis 1990 vorgesehen sind und wovon auch noch die Schuhindustrie (Bundesland Rheinland-Pfalz) profitieren soll, stellen angesichts der dramatischen Arbeitsmarktlage nicht einmal eine Diskussionsgrundlage dar.

(-/11.9.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



**Schneider und die Zahlen...**

Wenn der Wohnungsbauminister vom Wohnungsbau redet

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die Zahl der jährlich neugebauten Wohnungen ist wichtig für die Wohnungsversorgung von Haushalten und Familien und ist wichtig für Auslastung und Beschäftigung der Bauwirtschaft. Sie ist auch wichtig für die Planungen der Kommunen, der Wohnungswirtschaft und anderer Planungsträger.

In Bonn gibt es einen Minister, der dafür zuständig ist.

Wie es um die Zukunft des Wohnungsbaues bestellt ist, weiß er aber nicht so genau. Mal sagt er, der Bevölkerungsrückgang entlaste den Wohnungsmarkt und reduziere den Baubedarf, mal sagt er, damit sei aber wegen der weiter steigenden Zahl von Haushaltsgründungen und jungen Familien in diesem Jahrhundert nicht mehr zu rechnen. Zu Zahlen hat der Minister ein ebenso großzügiges Verhältnis. Vor einem Jahr, im Sommer 1986, erklärte er, daß er mit dem Bau von 300.000 Wohnungen pro Jahr rechne.

Exakt ein Jahr später erklärt er, daß der jährliche Bau von 200.000 neuen Wohnungen zur Bedarfsdeckung ausreiche.

Eine merkwürdige Änderung, an der wohl nur eins richtig ist: Sie gibt den aktuellen Rückgang in der Wohnungsbautätigkeit wieder, die gegenwärtig einen historischen Tiefstand erreicht hat und weiter abzurutschen droht.

Der Minister läßt seinen Staatssekretär zu den Zahlenspielen erklären: „Die beiden genannten Zahlen greifen die Spannbreite vorliegender Schätzungen zu den möglichen Entwicklungen der Wohnungsbautätigkeit ab.“

Die Regierung schätzt also mit einer Bandbreite von 50 Prozent. Solche Aussagen sind - vornehm gesagt - nichts wert. Ihr Informationswert ist gleich null, statt dessen irritieren und verwirren sie alle an Bedarfsschätzungen Interessierten. Niemand kann sich an solcher Desinformation orientieren.

Dem Minister, der vom Lateinischen mehr versteht als vom Wohnungsbau, sei deshalb gesagt: „Si tacuisses...“.

(-/11.9.1987/vo-he/rs)

